

Jahreswirtschaftsbericht Australien 2007

Botschaft Canberra, Verfasser LR Weinberg

Stand: 30.6.2008

I. Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage

1. Kurzcharakterisierung der Wirtschaft des Gastlandes

Australien (AUS) ist eine weitgehend offene, liberale und sehr unternehmensfreundliche Volkswirtschaft. So liegt AUS beim „Worldbank Business Rating 2008“ auf Platz 9 (Deutschland Platz 20) und bei der Einzelbewertung Einfachheit einer Unternehmensgründung sogar auf Platz 1.

Die gesamtwirtschaftliche Lage Australiens ist weiterhin sehr gut. Das Wirtschaftswachstum liegt seit Jahren über dem OECD-Mittelwert und bleibt trotz leichter Abkühlung positiv.

Der gerade eingebrachte Bundeshaushalt für das am 1. Juli beginnende Finanzjahr 2008/9 hat ein Volumen von 177,26 Mrd. Euro¹ (+4.2%) und sieht ein weiteres Mal einen Haushaltsüberschuss von diesmal 1,8% des BIP vor. In den kommenden vier Jahren soll der Überschuss bis 1,3% des BIP betragen oder insgesamt ein Sparvolumen von 20,18 Mrd. Euro haben. Er übersteigt so deutlich die geplanten zusätzlichen Ausgaben von 16,6 Mrd. €. Die Staatsverschuldung ist bereits abgebaut. Das Investitionsklima ist gut und von Zuversicht geprägt. Australien verfügt bei moderatem Lohnniveau über einen hohen Ausbildungsstand.

Zu den Schwachpunkten der wirtschaftlichen Entwicklung zählen weiterhin das große, weiter wachsende Leistungsbilanzdefizit, die hohe (private) Auslandsverschuldung sowie ein Investitionsrückstand im öffentlichen Bereich (Infrastruktur, Gesundheit, Bildung). Sorge bereitet auch der Arbeitskräftemangel in Verbindung mit einer Schwäche des verarbeitenden Gewerbes („manufacturing“).

¹ Zugrundeliegender Wechselkurs für das ganze Dokument soweit nicht anders angegeben: 1 Euro = 1,65 AUD (Ø2007)

Bruttosozialprodukt der Einzelstaaten Gross State Product	Haushaltsjahr 2006 / 07		
	Mio Euro	GSP	% Anteil
New South Wales	203 099	32,0 (+4,5%)	
Victoria	149 964	23,6 (+5,2%)	
Queensland	118 608,5	18,7 (+7,2%)	
South Australia	42 145,5	6,6	
Western Australia	85 677,5	13,5 (+9,7%)	
Tasmania	12 781	2,0	
Northern Territory	8784	1,4	
Australian Capital Territory	13 082,5	2,1	
Australia	647 224	100	

Die Wirtschaftsaktivität in Australien ist überwiegend an der Ostküste konzentriert. In New South Wales werden 32% und in Victoria ca. 24% des australischen BIP erzeugt, während auf Queensland 18,7% entfallen. Süd-Australien und Tasmanien haben wie in der Vergangenheit niedrigere Wachstumsraten als der Rest des Landes, und Westaustralien ist stark vom derzeit boomenden, aber volatilen Bergbausektor abhängig. So hat eine kürzlich in WA stattgefundenene Explosion die Gasversorgung stark beeinträchtigt, was zumindest in diesem Jahr zu Versorgungsengpässen und Umsatzeinbussen führen wird.

2. Struktur der Wirtschaft

Australiens Wirtschaft wird vom Dienstleistungssektor dominiert (fast 80 % des BIP 2006/07). Größte Einzelbereiche des Dienstleistungssektors waren 2007 wieder die Bereiche Finanzen, Immobilien und Unternehmensdienstleistungen. Demgegenüber entfielen auf die verarbeitende Industrie nur noch 10% BIP-Anteil und rund 3% auf die Landwirtschaft, die wegen der anhaltenden Trockenheit Ertragsrückgänge von über 11% in Kauf nehmen musste. Obwohl der Landwirtschafts- und Bergbauanteil am BIP relativ gering ist (ca. 9%), ist der Anteil dieser beiden Sektoren an Australiens Exporten mit fast 75% erheblich. Der in den letzten Jahren am stärksten gewachsene Bereich des Dienstleistungssektors war die Bauwirtschaft, die trotz Schwierigkeiten aufgrund der hohen Zinssätze mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 5,1% für Neubaugenehmigungen wieder in Schwung kommt. Die AUS Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch an der sektoralen Verteilung der größten Unternehmen wieder. Sie liegen mehrheitlich im Finanzsektor (Macquarie Bank, ANZ, Commonwealth Bank, NAB), im Energie- und Bergbausektor (BHP Biliton, Rio Tinto, Fortescue, Woodside) sowie im Groß- und Einzelhandel (Wesfarmers, Westfield, Woolworths).

Wichtigste Sektoranteile am BIP (in AUD)	2007
Landwirtschaft, Forsten und Fischerei	21278
Bergbau	69424
Verarbeitendes Gewerbe	102435
Elektrizität, Gas und Wasser	21740
Baugewerbe	69096
Groß- und Einzelhandel	104972
Hotel- und Gastgewerbe	21740
Transport	47462
Kommunikation	27014
Finanz- und Versicherungswesen	78468
Immobilien- und Geschäftsdienstleistungen	119956
Behörden- und Verteidigungsausgaben	39829
Erziehung und Bildung	42089
Gesundheitswesen	59356
Kultur und Freizeit	15199
Sonstiges	98953
BIP	1018455

Die Zukunftsbranchen Informations- und Kommunikationstechnologie, Electronic-Commerce, Bio-, Nano- und Medizintechnologie spielen eine zunehmend wichtige Rolle. Auch Forschung und Entwicklung (R&D) in diesem Bereich haben einen hohen Stellenwert und werden aus öffentlichen Mitteln gefördert. Trotz der hohen Versorgungsrate australischer Haushalte mit IT/PC-Technologie, die nun auch verstärkt in Schulen gefördert wird, liegt AUS bei der Breitbandtechnologie im internationalen Vergleich noch zurück. Schwerpunkt einer Infrastrukturinvestitionsinitiative der Regierung ist deshalb auch neben dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, deren Unzulänglichkeit derzeit zunehmend zu Restriktionen bei Exporten führt, der Ausbau und die Modernisierung des Breitbandnetzes.

Dabei kommt es wegen des Fachkräftemangels immer wieder zu Verzögerungen. Dieses Phänomen zeigt sich in vielen Bereichen der Wirtschaft, insbesondere beim Handwerk.

3. Wirtschaftsklima

Die positive Wirtschaftsentwicklung setzte sich auch 2007 mit einem Wachstum des BIP von 3,9 % fort. Die australische Wirtschaft erlebte damit nach langjährigen durchschnittlichen Wachstumsraten von 3,5% ihr 16. Wachstumsjahr in Folge. Zu den guten Zahlen beigetragen hat vor allem der Rohstoffboom der letzten Jahre, bedingt durch die weiter stark anhaltende Auslandsnachfrage aus China und anderen ostasiatischen Staaten, die auch die Terms of Trade zugunsten AUS weiter verbessert hat. Trotz der damit recht starken einseitigen Abhängigkeit der Exporterlöse (und damit der Konjunktur) von der Rohstoffnachfrage, wird mit einem Einbruch in absehbarer Zeit nicht gerechnet und man geht selbst bei einer gewissen Entspannung aufgrund der gedämpften Weltwirtschaftslage noch von einer steigenden asiatischen Nachfrage aus. Daher investiert Australien weiter in die Infrastruktur, um seine mengenmäßigen Lieferungen noch erhöhen zu können. So sind Investitionen derzeit der Motor des Wirtschaftswachstums. Der private Konsum folgt, ist aber weiterhin robust und im Hinblick auf die Inflationsrate für den Geschmack der Zentralbank eher noch zu stark.

Die hohen Zinsen und eine restriktive Haushaltspolitik in Verbindung mit den Turbulenzen auf den Weltmärkten dürften eine leichte Abkühlung des Wirtschaftswachstums in den kommenden Jahren bewirken. So werden für 2008 und 2009 nur noch 3,5 bzw. 2,75 % Wachstum erwartet. Für das kommende Haushaltsjahr geht die Regierung somit zwar von einer weiterhin positiven Wirtschaftsentwicklung aus. Allerdings haben die acht Leitzinserhöhungen der vergangenen drei Jahre, die weiter anhaltende Dürre in Australien sowie die

Turbulenzen auf den Finanzmärkten bereits zu einer Verlangsamung der Wirtschaftswachstums geführt.

3.1 Beschäftigung

Der australische Arbeitsmarkt ist auf Grund des anhaltenden Wirtschaftswachstums und einer deutlich gestiegenen Nachfrage nach Arbeitskräften ein Engpassfaktor für die Wirtschaft geworden. Die Arbeitslosenquote lag 2007 bei 4,0 %, dem tiefsten Stand seit 33 Jahren. Die Gesamtzahl der Beschäftigten stieg in 2007 um 2,9% ggü. dem Vorjahr auf etwa 10,7 Mio. und die Beschäftigungsquote („participation rate“) im gleichen Zeitraum von 64,9% auf 65,2%. Die Arbeitslosenquote wird mit prognostizierten 4,5% für 2008 (aktuelles Quartal 4,2%) weiterhin auf sehr niedrigem Niveau liegen. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, insbesondere Handwerkern, hat zwar noch nicht zu signifikanten Lohnerhöhungen geführt, bleibt aber ein Grund zur Sorge. Die Auswirkungen der erneuten Reform der Arbeitsmarktreformen der alten Howard-Regierung („Work Choices“) sind auch noch abzuwarten.

3.2 Inflationsrate

Problematisch ist der durch ein anhaltend gutes Wirtschaftswachstum und Engpässen auf dem Arbeitsmarkt bedingte starke Inflationsdruck, weshalb die austral. Zentralbank (RBA) den Leitzins auch mehrfach auf aktuell 7,25% erhöht hat. Kurzfristig wird mit einem weiteren Anstieg der Inflation gerechnet, eine Abschwächung ist erst nach 2009 zu erwarten. So wird die Inflationsrate im kommenden Haushaltsjahr voraussichtlich bei 3,25% und damit knapp oberhalb der von der RBA vorgegebenen Spanne von 2-3% liegen, was Spekulationen über weitere Zinssteigerungen nährt. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die damit verbundene Erhöhung der Hypothekenzinsen problematisch, da bereits jetzt viele Arbeitnehmerhaushalte aufgrund des allgemein gestiegenen Preisindex für die Lebenshaltung finanzielle Engpässe haben und überdies hoch verschuldet sind. Erste Anzeichen deuten aber auf eine Verlangsamung des privaten Konsums hin (so waren die Einzelhandelsumsätze im ersten Quartal 2008 mit -0,1% flau), einer von der Zentralbank genannten wesentlichen Voraussetzung, um den Inflationsdruck zu verringern und so die Zinsen stabil halten zu können.

4. Außenwirtschaft (Offenheit ggü. der Weltwirtschaft)

Die australische Leistungsbilanz weist nun schon traditionell ein Defizit auf. Trotz der anhaltenden Nachfrage nach Rohstoffen stieg das Leistungsbilanzdefizit 2007 um 28% auf einen neuen Rekord von 11,75 Mrd. Euro, was 7,0 % des BIP entspricht. Dies obwohl die Terms of Trade sich seit 1999 dank stark gestiegener Rohstoffpreise jährlich verbessern und ein weiterer Anstieg der ToT um 16% für 2008/9 prognostiziert wird. Während der Gesamtwarenxport Australiens 2007 um 2,7 % auf rund 102 Mrd. Euro anstieg, wuchsen die Importe um 6,6% auf 114 Mrd. Euro. Die wichtigsten Exportgüter sind Kohle, Eisenerz, Gold, Erdöl/-Produkte, Aluminiumerze, landwirtschaftliche Produkte, alkoholische Getränke (Wein) und Kraftfahrzeuge. Bei Steinkohle ist Australien seit Mitte der 80er Jahre weltweit der größte Exporteur. Die wichtigsten Importprodukte sind Fertigwaren: PKW, Rohöl, Computer, Medikamente, Telekommunikationsgüter sowie Industriemaschinen und -teile.

Einzig die Dienstleistungsbilanz wies wieder einen vergleichsweise kleinen Überschuss von 181,2 Mio. Euro auf (-43% zum Vorjahr). Sorge bereitet dagegen Australiens explodierende

rende Auslandsverschuldung, die eine strukturelle Schwäche offenbart. So stieg die Netto-Auslandsverschuldung 2007 um 16,7% auf 369,7 Mrd. Euro oder 58% des BIP und die Brutto-Auslandsverschuldung durchbrach im März 2008 erstmals die psychologische Marke von 1 Bio. AUD (\approx 606 Mrd. Euro). Über 93% der Schulden entstammen dem privaten Sektor.

Das große Leistungsbilanzdefizit und die hohe Auslandsschulden wären normalerweise ein Alarmsignal. Die gesunden Staatsfinanzen und der Rohstoffreichtum Australiens stärken jedoch weiterhin das Vertrauen ausländischer Investoren.

4.1 Währungssystem und Wechselkursentwicklung

Australien verfügt über einen hoch entwickelten Finanz- und Aktienmarkt, dessen Zentrum in Sydney ist. Der Australische Dollar ist frei konvertierbar und basiert auf einem flexiblen Wechselkurssystem. An den internationalen Devisenmärkten setzte der Australische Dollar seinen Aufwärtstrend fort und gewann insbesondere gegenüber dem US\$ weiter an Wert und durchbrach mehrfach die psychologische Barriere von 1 AUD = 0.90 US\$. Gegenüber dem Euro lag der Wechselkurs 2007 durchschnittlich bei 1 AUD = EUR 0.6060, was etwa einem Wert von 1 EUR = 1,65 AUD entspricht.

4.2 Devisengesetzgebung

Kapitaleinfuhr und -ausfuhr sind grundsätzlich genehmigungsfrei, müssen ab bestimmten Summen aber zur Verhinderung von Geldwäsche deklariert werden. Nach dem „Foreign Acquisition and Takeovers Act 1975“ müssen bestimmte ausländische Investitionen gebilligt werden. Der Schatzminister (Treasurer) behält sich das Recht vor, größere ausländische Investitionen, insbesondere Firmenübernahmen, zu untersagen, wenn diese nationale Interessen berühren.

4.3 Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland

Deutschland ist (alle Angaben lt. australischer Statistik) nach Großbritannien wichtigster europäischer Handelspartner Australiens und derzeit zehntgrößter Handelspartner weltweit. 2007 betrug das bilaterale Handelsvolumen etwa 6,4 Milliarden Euro (Indien 10 Mrd., China 60 Mrd.). Die Handelsbilanz mit Deutschland ist für Australien allerdings seit langer Zeit stark und weiter zunehmend defizitär, die deutschen Exporte übersteigen die deutschen Importe um ein Mehrfaches (Stellenwert D – Importe: Platz 5, Exporte: Platz 23). Dies ist weitgehend strukturell bedingt: Der Ausfuhr hochwertiger Endprodukte steht im Wesentlichen die Einfuhr von Rohstoffen und Primärprodukten gegenüber.

Größte Posten der deutschen Exporte sind Krafffahrzeuge und -teile, chemische, pharmazeutische und elektrotechnische Erzeugnisse, Kunststoffe, Maschinen sowie Papier- und Papp-Erzeugnisse. Wichtigste australische Exportgüter waren Steinkohle, Erze, elektrotechnische Erzeugnisse, Wolle und Nahrungsmittel.

Bilateraler Handel Deutschland / Australien (deutsche Statistik/destatis)						
	2005		2006		2007	
Mio. €	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Insgesamt	1280,75	5024,32	1634,23	5487,79	1718	5807

Über 300 Töchter deutscher Unternehmen mit insgesamt ca. 650 Betriebsstätten sind in Australien tätig, darunter die beiden größten australischen Baufirmen. Bilfinger-Berger ist über Baulderstone Hornibrook und Hochtief über seine Beteiligungen an Leighon Holdings Ltd. und Thiess Pty. Ltd. an mehreren wichtigen Infrastrukturprojekten in Australien beteiligt. Letzte Zahlen im Bereich ausländische Direktinvestitionen (FDI's) zeigen für 2006 deutsche FDI's in Höhe von 6,4 Mrd. Euro, was den Gesamtinvestitionsstand auf 14,8 Mrd. Euro erhöht (Platz 10) und australische FDI's in Höhe von 3,1 Mrd. Euro, was den Gesamtinvestitionsstand auf 14,4 Mrd. Euro erhöht (Platz 7). Die deutsche Wirtschaft ist in Australien mit einer Außenhandelskammer in Sydney (mit Zweigstelle in Melbourne) vertreten. Australische Wirtschaftsförderungsinstitutionen (AUSTRADE, Invest Australia) sind dem australischen Generalkonsulat Frankfurt/Main angegliedert. Ein Doppelbesteuerungsabkommen besteht seit 1972. Nach Revisionsverhandlungen Ende 2007 erfolgt derzeit schriftliche Endabstimmung, Unterzeichnung ist noch für 2008 geplant.

4.4 Wirtschaftsbeziehungen zur EU

Die EU bleibt 2007 als Handelsblock Australiens wichtigster Handelspartner mit einem Volumen (Exporte plus Importe) von gut 36,3 Mrd. Euro (+5,7%) oder 17 % des gesamten Handels (ASEAN: 15,5 %, China: 14,8 %, Japan: 14%, USA: 9,5 %,). Die Importe aus der EU nach Australien stiegen um 12,6% auf 24,8 Mrd. Euro (21,9 % der Gesamtimporte), während die Exporte in die EU um 6,6% auf 11,6 Mrd. Euro zurückgingen (11,4% der Gesamtexporte). Die EU ist damit inzwischen nur noch Australiens drittwichtigster Absatzmarkt nach Japan und China.

II. Wirtschaftspolitik

1. Allgemeine Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik der neuen Labor-Regierung ist, wie im Wahlkampf versprochen, bisher weitgehend konservativ und unternehmensfreundlich. Insbesondere mit Schatzkanzler Wayne Swan und Finanzminister Lindsay Tanner verfolgt PM Rudd eine Gratwanderung in der Wirtschaftspolitik, die zwischen den Forderungen der traditionellen Wählerschichten sowie den Gewerkschaften und der im Wahlkampf versprochenen Beibehaltung einer konservativen Fiskalpolitik verläuft.

2. Fiskalpolitik

Am 13. Mai 2008 hat Schatzkanzler Wayne Swan dem australischen Parlament den ersten Haushalt der Labor-Regierung für das neue Haushaltsjahr vorgestellt, das am 1. Juli 2008 beginnt und am 30. Juni 2009 endet. Der vorgelegte Haushalt hat ein Volumen von 292,47 Mrd. AUD (+4.2%) und wurde im Hinblick auf drei von der Regierung gesetzte Schwerpunkte erstellt:

1. Die Einlösung der zahlreichen Wahlversprechen zur Unterstützung von sog. „working families“ aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten durch ein „Working Families Support Package“ mit einem Volumen von 55 Mrd. AUD.
2. Investitionen in Australiens Zukunft, vor allem in den Bereichen Infrastruktur, Erziehung und (berufliche) Bildung, Gesundheit sowie Klima- und Umweltschutz. Dazu

Einrichtung von drei neuen „nation building funds“: „Building Australia Fund, Education Investment Fund und Health and Hospital Fund“.

3. die Eindämmung der Inflation und damit ein fiskalkonservatives Budget mit großem Überschuss. Der erwartete Haushaltüberschuss liegt mit 21,7 Mrd. AUD oder 1,8% des BIP deutlich über dem des Vorjahres (16,8 Mrd. AUD).

Die Arbeitnehmerfamilien sollen u.a. wegen der stark gestiegenen Lebenshaltungskosten und hohen (Hypotheken-)Zinsen durch Maßnahmen wie Senkungen der Einkommensteuer, Steuervergünstigungen für Kinderbetreuung, eine Kindergartenplatzgarantie (ab 2013) sowie staatliche Unterstützung beim Kauf des ersten Eigenheims unterstützt werden. In vielen Bereichen wurde allerdings eine Vermögensprüfung (sog. „means-testing“) eingeführt, so dass bestimmte staatliche Leistungen nur noch Bürgern zugute kommen, deren Haushaltseinkommen unterhalb einer festgelegten Grenze liegt.

In der Tradition der Vorgängerregierung, die regelmäßig Senkungen der Einkommensteuer vorgenommen hat, beinhaltet auch der neue Haushalt Steuererleichterungen mit einem Volumen von über 28 Mrd. Euro in einen Zeitraum von vier Jahren. Wie in den vergangenen Jahren werden die Steuererleichterungen vor allem in Form von Veränderungen der Schwellenwerte gewährt. Die Entlastungen betreffen vor allem Berufstätige mit niedrigem Einkommen (30.-50.000 AUD), ab 2009 sind weitere Angleichungen des Schwellenwerte sowie eine Senkung des zweithöchsten Steuersatzes vorgesehen.

Bei der Besteuerung von Unternehmen hat es keine Änderungen gegeben.

Im Rahmen ihrer Infrastrukturinitiative stellt die Regierung neben dem sog. Building Australia Fund mit Geldern für Großprojekte wie Straßen- und Hafenausbau insbesondere folgende Mittel bereit: Unter dem Schlagwort „Education Revolution“ hat Labor bereits im vergangenen Wahlkampf für eine Reform des Bildungswesens geworben und stellt nun über 3,5 Mrd. Euro für diesen Bereich zur Verfügung. Mehr als ein Sechstel davon soll verwendet werden, um Schulen mit Computern auszustatten. Weitere Mittel fließen zur Behebung des Mangels an Handwerken in die entsprechende Ausbildung von Schülern.

6 Mrd. Euro werden für Krankenhäuser zur Verfügung gestellt, die in den vergangenen Monaten aufgrund ihrer schlechten personellen und materiellen Ausstattung in die Kritik geraten waren.

Wenn auch im Großen und Ganzen als solide zu betrachten, wirken einige Aspekte im Haushalt teilweise aktionistisch und undurchdacht, weshalb bereits jetzt im Rahmen von Haushaltsdebatten und Ausschüssen nachgebessert werden muss. Insgesamt ist das vorgelegte Budget im Vergleich zu der wohl noch dem Wahlkampf geschuldeten Ankündigungsrhetorik ohne besondere eigene Akzente. Viele Programme der Vorgängerregierung – in der damaligen Oppositionsrolle noch kritisiert – wurden insbesondere im Investitionsbereich unter neuem Namen einfach weitergeführt. Trotz des geringen Ausgabenanstiegs im Vergleich zum Budget des Vorjahres gibt es Kritik, dass das Budget auf der Ausgabenseite zu wenig ambitioniert und akzentuiert ist (z.B. beim Umwelt- und Klimaschutz). Auch mit Blick auf die versprochenen Steuerkürzungen ist daher fraglich, ob eine inflationsdämpf-

fende Wirkung erzielt werden kann. Dies könnte zu innenpolitischen Problemen für die Labor-Regierung führen, die sich Unterstützung für Arbeitnehmerfamilien auf die Fahnen geschrieben hat, die, da vielfach durch Hypotheken und hohe Kredite belastet, unmittelbar die Folgen einer Zinserhöhung zu spüren bekommen.

3. Geldpolitik

Der anhaltende Rohstoffboom, ein ungebrochen hoher, privater Konsum sowie der starke Arbeitskräftemangel haben 2007 einen starken Inflationsdruck ausgelöst (Jahresrate 3,5%), weshalb die australische Zentralbank (RBA) den Leitzins mehrfach auf aktuell 7,25% erhöht hat. Kurzfristig wird mit einem weiteren Anstieg der Inflation gerechnet (4,4% im ersten Quartal 2008) und diese wird im kommenden Haushaltsjahr voraussichtlich bei 3,25% und damit knapp oberhalb der von der Australischen Zentralbank vorgegebenen Spanne von 2-3% liegen, was Spekulationen über weitere Zinssteigerungen nährt. Die relativ hohe Verschuldung der privaten Haushalte macht Zinserhöhungen zu einer besonders sensiblen Angelegenheit. Eine Abschwächung ist erst 2009 zu erwarten. Daher steht ein gemeinsames Vorgehen von Regierung und RBA gegen das „Monster“ Inflation (PM Rudd) im Vordergrund der Geldpolitik.

4. Struktur-/ Arbeitsmarktpolitik

Kurz nach dem Regierungswechsel löste die Labor-Regierung ein zentrales Wahlkampfversprechen ein, nämlich die Abschaffung der erst Anfang 2006 unter PM Howard eingeführten sog. "Work Choices", die die Möglichkeit von Einzelarbeitsverträgen (sog. "Australian Workplace Agreements"/AWA`s) schufen und bei Arbeitnehmern und Gewerkschaften gleichermaßen unpopulär waren. So wurde symbolisch zum zweiten Jahrestag der Einführung der unbeliebten AWA`s in einer Übergangsregelung die Möglichkeit für Arbeitgeber, solche Verträge anzubieten, abgeschafft. Gleichzeitig wurde die Kommission für Arbeitsbeziehungen angewiesen, ein neues Vergütungssystem vorzuschlagen. Bis Ende 2008 sollen laut dem Department of Education, Employment and Workplace Relations zudem Regelungen für bundeseinheitliche Standards für die Arbeitsunfallversicherung, für eine Verbesserung des Kündigungsschutzes sowie für die Einrichtung einer "Fair Work Australia" - Behörde ausgearbeitet werden. Die gesamte Reform soll dann am 01. Januar 2010 in Kraft treten. Zuletzt stellten Mitte Juli PM Rudd und die auch für Arbeitsbeziehungen zuständige stellvertretende PM'in Julia Gillard die zehn neuen Mindeststandards für Arbeitsverträge vor. Diese sollen die Basis für ein modernisiertes Vergütungssystem bilden, einem Grundpfeiler der Arbeitsmarktreform. Insgesamt sind die Mindeststandards als ausgewogen zu betrachten, da sie einerseits die durch "Work Choices" eingeschränkten Arbeitnehmerrechte wieder modernisieren, ohne andererseits den Unternehmen übertriebene Belastungen aufzubürden. So blieb die Kritik der jeweiligen Verbände, nämlich den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden, auch recht verhalten. Den wichtigsten Wünschen und Bedenken beider Seiten wurde mit der Abschaffung der AWA`s einerseits und Ausnahmeregelungen für betriebliche Flexibilität andererseits Rechnung getragen.

5. Außenwirtschaftspolitik

Australien ist Mitglied der OECD, der WTO, des IWF, der Weltbank, der APEC, der IAEO und der IEA und sieht sich als Vorreiter des Freihandels (champion of free trade). Es setzt sich weiter aktiv für einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde ein. Der Schwerpunkt des hiesigen Interesses liegt bei den Verhandlungen im Bereich der Landwirtschaft. Ins-

besondere über die Cairns-Gruppe, (Zusammenschluss wichtiger Agrarexportländer), versucht Australien, einen Abbau der Agrarzölle und Exportsubventionen sowie weitere substantielle Marktöffnung für seine Agrarprodukte, insbesondere in der EU, zu erreichen.

Ungeachtet multilateraler Bemühungen sind bilaterale Freihandelsabkommen (FTA) fester Bestandteil der australischen Außenpolitik (neu abgeschlossen mit den USA, derzeit Verhandlungen mit China und Japan), wobei sicherheitspolitische Aspekte eine Rolle spielen.

Die „Luxury Car Tax“ (LCT), eine Sondersteuer auf Fahrzeuge mit einem Verkaufswert von mehr als 57.123 AUD soll zum 1. Juli 2008 deutlich erhöht werden, nämlich von 25% auf 33%. Diese Erhöhung betrifft zwar nur 10% der Autoverkäufe, 90% davon sind jedoch importiert und die Hälfte davon wiederum aus EU-Staaten. Die Steuer wird daher vor allem Importeure treffen, darunter insbesondere auch deutsche Autohersteller wie Mercedes, Audi, Porsche, BMW und Volkswagen, die mit Umsatzrückgängen zu rechnen haben. Diese Entwicklung ist besonders enttäuschend im Hinblick darauf, dass bereits der alte Steuersatz von den EU-Mitgliedstaaten als nicht-tarifäres Handelshemmnis eingestuft und dessen Abschaffung gefordert wurde. Es hat nämlich den Anschein, dass dadurch indirekt die zunehmend unrentable eigene Autoindustrie geschützt werden soll. In Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten hat die hiesige EU-Delegation ein Market Access Team („Luxury Car Tax Working Group“) eingerichtet, das bereits eine entsprechende Eingabe an die zur Evaluierung der Regelungen in der Autoindustrie zuständige Regierungskommission („Bracks Commission“) gemacht hat und den Fall weiter behandelt. Die wirtschaftlichen Beziehungen mit D sind ansonsten intensiv und weitgehend problemlos, wenn auch weiterhin noch ausbaufähig. Dies gilt umso mehr nach dem Richtungswechsel in der Klimapolitik (Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls, für 2010 geplante Einführung eines Emissionshandelssystems mit CO₂-Langzeitreduktionsziel von 60% bis 2050) sowie dem neuen Schwerpunkt auf Infrastrukturinvestitionen, der damit weitere und neue Möglichkeiten für deutsche Firmen vor allem in den Bereichen erneuerbare Energien und umweltfreundliche Technologien eröffnet. Im Verhältnis zur EU laufen einige WTO-Handelsstreitverfahren. Sie betreffen die EU-Verordnung zum Schutz von geografischen Herkunftsbezeichnungen von Lebensmitteln, das EU-Vermarktungsverbot für gentechnisch veränderte Agrarprodukte, sowie Australiens strikte sanitäre und phytosanitäre Einfuhrbestimmungen (Quarantäneregime). In Australien herrscht aber ein ansonsten offenes und gutes Investitionsklima.

6. Umwelt- und Klimaschutzpolitik

6.1 Klimaschutz-Politik

Bereits im Wahlkampf hatte Labor einen Richtungswechsel in der Klimapolitik und damit eine Änderung der Haltung Australiens angekündigt. Es folgte dann auch direkt nach dem Wahlsieg die symbolische Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls in Bali als erste Amtshandlung des neuen PM Rudd.

Neben der aktiven Teilnahme am post-Kyoto-Prozess (Bali road-map) hat die Regierung insbesondere folgende (nationale) Maßnahmen angekündigt:

- Festsetzung eines langfristigen (2020) nationalen Emissionsziels nach Fertigstellung des sog. Garnaut-Reports (mit der Erstellung eines umfassenden Gutachtens beauftragter Wirtschaftswissenschaftler) Ende September 2008 und damit verbunden Einführung eines

nationalen Emissionshandelsystems (ETS) bis 2010. Dies könnte mittelfristig Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit im Emissionshandel zwischen AUS und der EU eröffnen und somit das generelle Ziel eines attraktiven globalen Handelssystems mit effektiven CO₂-Preisen befördern.

- Festlegung eines Anteils erneuerbarer Energien (ohne Clean Coal) am Energiemix von 20% bis 2020 und Fonds von jeweils AUD 500 Mio. (gut 300 Mio. Euro) für Forschung und Entwicklung in diesem Bereich sowie von Clean Coal Technologien. Außerdem verschiedene Förderungsprogramme für Solaranlagen, Energieeffizienz und Wohnraumisolierung. So wurden im aktuellen Haushalt 3,4 Milliarden AUD über fünf Jahre veranschlagt. Es bleibt jedoch unklar, wie das ehrgeizige Ziel erreicht werden soll, 20% des Energiebedarfs bis 2020 aus erneuerbaren Energien zu decken (zur Zeit unter 10%).

Trotz ihres Bekenntnisses zum Klimaschutz bleibt die Labor-Regierung im Umweltbereich bisher hinter den Erwartungen zurück. Zahlreichen mittelständischen Unternehmen z.B. wurde durch die über Nacht eingeführte Vermögensüberprüfung bei der Subventionsvergabe für Photovoltaikanlagen die Geschäftsgrundlage entzogen, was bei Unternehmen und Investoren zu größter Verunsicherung führt. Dieses Vorgehen weckt Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Klimapolitik und die konsequente, auch mit höheren Kosten verbundene Einführung eines ETS bleibt abzuwarten. Das erhoffte deutliche Zeichen für eine Trendwende hin zur Nutzung erneuerbaren Energien ist größtenteils ausgeblieben.

6.2 Nationaler Wasserplan

Ein besonders akutes Umweltproblem stellt die extreme Trockenheit dar, die auch 2007 große Teile Australiens erfasst hat und negative wirtschaftliche Folgen für die Landwirtschaft (-14% BIP-Anteil) sowie die gesamte Volkswirtschaft hatte. Besonders betroffen ist das Murray-Darling Basin, ein Gebiet von etwa der doppelten Größe Deutschlands, in dem sich mehr als 40% aller landwirtschaftlichen Betriebe befinden, das 75% der künstlich bewässerten Anbauflächen des Landes umfasst und in dem rund 70% der gesamten Bewässerungsmenge verbraucht wird. Kernpunkte eines „National Plan for Water Security“ sind die Übertragung von Regelungskompetenzen von den Bundesstaaten auf die Ebene der Bundesregierung und Wasserrückkäufe. Aktuelle Studien, die vor einem Austrocknen und Absterben des Beckens warnen, unterstreichen den dringenden Handlungsbedarf.

Wirtschaftsdatenblatt AUS zum JWB 2007

Bevölkerung	2006	2007
Einwohnerzahl (in Mio.)	20,9	21,1

Währung (verwendeter Wechselkurs)	2006	2007
jew. Jahresdurchschnitt	1 Euro = 1,67 AUD	1 Euro = 1,65 AUD

Bruttoinlandsprodukt (BIP)	2006	2007
zu aktuellen Preisen (in Mrd. Euro)	498,5	605
Euro/pro Kopf	23.852	28.756
Wachstum in %	2,8	3,9

Inflationsrate	2006	2007
ggü. Vorjahr in %	3,3	3,5

Arbeitslosenquote	2006	2007
Saisonbereinigt in %	4,3	4,0

Staatshaushalt (Haushaltsjahr)	2007/8	2008/9
Volumen (in Mrd. Euro)	144,5	177,3
Staatshaushalt in % des BIP	28	29
Haushaltsüberschuss (in Mrd. Euro)	10,4	13,2
Haushaltsüberschuss in % des BIP	1,0	1,8

Außenhandel (Mrd. Euro)		
Leistungsbilanz	2006	2007
Exporte	92,7	102
Importe	101,8	114
Leistungsbilanzsaldo („Current Account Balance“)	-9,1	-12
in % des BIP	5,5	7,0

Außenverschuldung	2007	in % des BIP
„Net Foreign Debt“ (in Mrd. Euro)	369,7	58

Bilateraler Handel (in Mio. Euro)/Dt. Statistik	2006	2007
Ausfuhren (deutsche Exporte nach AUS)	5487,8	5807
Einfuhren (deutsche Importe aus AUS)	1634,2	1718
Rang für AUS 2007 (Handelsvolumen Rang 10)	Export: 23	Import: 5

Doppelbesteuerungsabkommen	in Kraft seit 24.11.1972
-----------------------------------	--------------------------